

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Werner Dreibus, Dr. Barbara Höll, Ulla Lötzer, Kornelia Möller, Dr. Axel Troost, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Beschäftigungspolitische Verantwortung der Bundesregierung bei der Deutsche Telekom AG

Am 28. Februar 2007 hat der Aufsichtsrat der Deutsche Telekom AG den Plänen des Vorstandes zugestimmt, mindestens 50 000 Beschäftigte in einer neuen Servicegesellschaft T-Service zu beschäftigen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die von der Deutsche Telekom AG geplante Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung für 50 000 Beschäftigte mittels der Auslagerung von Servicebereichen in neu zu gründende Unternehmensteile?
2. Haben die Vertreter des Bundes im Aufsichtsrat der Deutsche Telekom AG, Dr. Thomas Mirow, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, und Ingrid Matthäus-Maier, Sprecherin des Vorstandes der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe, den Umstrukturierungsplänen des Vorstandes in der Aufsichtsratsitzung am 28. Februar 2007 zugestimmt?
3. Wenn ja, wie begründet die Bundesregierung das Verhalten ihrer Vertreter im Aufsichtsrat der Deutsche Telekom AG?
4. Sind im Zusammenhang mit der faktischen Lohnkürzung durch die Gründung einer neuen Servicegesellschaft und der geplanten Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich bei den dort zukünftig Beschäftigten auch Kürzungen bei den Managergehältern und Provisionen vorgesehen?
5. Ist es richtig, dass der Verkauf weiterer Anteile des Bundes an der Deutsche Telekom AG geplant ist?
6. Macht die Bundesregierung den Verkauf dieser Anteile von einer bestimmten Höhe des Aktienkurses abhängig?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der geplanten Senkungen der Arbeitskosten in der neu gegründeten Servicegesellschaft auf den Aktienkurs der Deutsche Telekom AG?
8. Wie beurteilt die Bundesregierung den Zusammenhang zwischen Stimmverhalten ihrer Aufsichtsratsmitglieder und Auswirkungen auf den Aktienkurs der Telekom-Aktie, d. h. haben die beiden Vertreter auch wegen möglicher negativer Auswirkungen auf den Aktienkurs gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbank entschieden?

9. Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, dass der neue Unternehmens-
teil T-Service nach dem Vorbild von BenQ extern verkauft wird und damit
diese Arbeitsplätze mittel- bis langfristig verloren gehen?
10. Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Über-
wachungspflicht ihrer Mitglieder im Aufsichtsrat nach § 111 Abs. 1 des
Aktengesetzes und die daraus resultierenden Möglichkeiten der Einfluss-
nahme ihrer Aufsichtsratsmitglieder auf die Unternehmens- und Beschäf-
tigungspolitik der Deutsche Telekom AG?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der nach wie vor
existierenden Serviceprobleme die Auswirkungen der geplanten Umstruk-
turierung auf die Leistungsmotivation der Beschäftigten?
12. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob die im neu gegründeten
Servicebereich Beschäftigten an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen
sollen, damit ihnen eine berufliche Weiterentwicklung im oder außerhalb
des Unternehmens ermöglicht wird?

Berlin, den 29. März 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion